



Unbegründete Festnahmen nach Schändung eines Denkmals durch die Behörden

Verhaftungen von Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen, die gegen die Zerstörung von Kreuzen auf dem Kuropaty-Denkmalfriedhof demonstrierten.

Am Morgen des 4. April 2019 wurde bekannt, dass die Liquidation der nationalen Gedenkstätte im Kuropaty-Trakt begann. Mit spezieller Ausrüstung wurden 70 Kreuze brutal aus dem Boden gerissen, die von engagierten Bürger*innen hier aufgestellt worden waren. Wie immer haben die belarussischen Behörden nicht auf die Inhaftierung von Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen verzichtet.

Der Kuropaty ist der berühmteste Ort der stalinistischen Repressionen, an dem unschuldige Bürger*inne von dem NKVD/KGB erschossen worden waren. Die Geschichte der Konfrontation zwischen den belarussischen Behörden und Bürgerrechtler*innen in Kuropaty ist drei Jahrzehnte alt. Seit der Eröffnung des Massengrabes im Trakt weigern sich die Behörden, anzuerkennen, dass Kuropaty der Ort der Massenhinrichtung von Opfern politischer Repressionen durch den NKVD war. Alexander Lukaschenko behauptete immer, dass die hier in den Massengräbern begrabenen Zivilist*innen während des Zweiten Weltkriegs von den Deutschen erschossen worden seien. Später wurde Kuropaty doch unter Druck der Opposition in die Staatsliste des historischen und kulturellen Eigentums der Republik Belarus aufgenommen, aber die Grenzen der Schutzzone sind bis heute unsicher. Aufgrund dieser Unsicherheit wurde in der Nähe des Ehrenmals ein Vergnügungskomplex errichtet, der die Öffentlichkeit durch seine unangemessene Lage empörte.

Erst 2018 erschien das offizielle Denkmalzeichen in Kuropaty. Das nationale Denkmal in Form von Gedächtniskreuzen wurde Ende der 80er Jahre errichtet. Seit vielen Jahren wurden neue Kreuze aufgestellt und alte aus eigener Initiative von Bürger*innen renoviert. Der größte Teil dieser Kreuze wurde am **4. April 2019** durch Anweisung der Regierenden zerstört.

Polizeibeamte verhafteten Aktivist*innen, die gegen die Schändung des Ortes der Erinnerung protestierten. Zwei Frauen verbrachten 6 Tage in der Untersuchungshaft und erhielten Geldbußen in Höhe **von 2.167,5 Rubel. (≈ 1000 USD)**.

Chronik der Ereignisse:

4. April 2019 - 15 Personen wurden von speziellen Antiaufuhrtruppen in der Kuropaty Gedenkstätte festgenommen, darunter die Aktivistinnen Nina Baginskaya, Valentina Jerömenok und Vitalia Trigubova. Alle Gefangenen wurden zur Milizabteilung des Minsker Bezirks gebracht, bis ihre Identität festgestellt wurde. Valiantsina Jerömenok wurde in die Untersuchungshaftanstalt im Bezirk Minsk gebracht und später am selben Tag freigelassen. Auch der Rest der Häftlinge wurde freigelassen.

5. April 2019 - Die 73-jährige Nina Baginskaya wurde erneut in Kuropaty festgehalten. Die Frau redete auf die Bauarbeiter ein, die in der Gedenkstätte an der Vernichtung der Kreuze arbeiteten, um sie zu beschämen. Es wurden Protokolle über ihr Verhalten, das als Ordnungswidrigkeit ausgelegt wurde, zusammengestellt: nach Artikel 17.1 des Gesetzbuches (geringfügiger Hooliganismus) und nach Artikel 23.4 (Ungehorsam gegenüber gesetzlichen Anforderungen eines Polizeibeamten). Die Aktivistin wurde in die Untersuchungshaft des Minsker Bezirks gebracht. Von dem Moment an, in dem sie festgenommen wurde, trat sie aus Protest in den Hungerstreik.

5. April 2019 - Nach einem abendlichen Gottesdienst in Kuropaty wurde die Regisseurin Olga Nikolaichyk auf dem Heimweg festgenommen. Sie wurde in die zentrale Untersuchungshaft auf der Okrestinstrasse gebracht. Sofort nach ihrer Festnahme trat sie in den Hungerstreik.

8. April 2019 - Nina Baginskaja wurde aus der Haftanstalt zum Gericht des Bezirks Minsk gebracht. Innerhalb eines Tages wurde ihre Ordnungswidrigkeit vom Richter zur Überprüfung geschickt und von der Bezirksmiliz der Stadt Minsk an das Gericht nach Überprüfung zurückgegeben. Das Gericht befand die Aktivistin für schuldig wegen geringfügigen Rowdytums und Ungehorsams und verhängte eine Geldstrafe gegen sie. (**1275 bel. Rub.**, was ungefähr **600 USD** entspricht).

8. April 2019 - Olga Nikolaichyk wurde aus der Haftanstalt vor das Gericht des Bezirks Pershamaiski von Minsk gebracht. Die Sitzung befasste sich mit dem administrativen Fall von „einem Aufruf zu einer nicht genehmigten Veranstaltung in sozialen Netzwerken“. Das Gericht befand Nikolaichyk wegen dieser Straftat für schuldig und verurteilte sie zu einer Geldstrafe. (**892,5 bel. Rub.**, was ungefähr **450 USD** entspricht).

Schlussfolgerungen der Expert*innen und Menschenrechtsaktivist*innen von „Nasch dom“

Illegale Verhaftungen:

Wieder einmal stehen wir vor einer Situation, in der die belarussischen Gesetzeshüter keine Rechtsverletzungen ihrerseits erkennen. So wurden am 4. April in Kuropaty illegale Aktionen verübt - nicht identifizierte Spezialfahrzeuge ohne Registrierungsnummern wurde in der Gedenkstätte genutzt. Allerdings wurden nicht die Fahrer der nicht identifizierten Autos, sondern die Aktivist*innen festgenommen.

Wir glauben, dass die Verhaftungen in direktem Zusammenhang mit der Absicht standen, das Gebiet um und in Kuropaty von den Protestierenden zu "reinigen", um es den Arbeitern zu ermöglichen, die Kreuze ungehindert zu beseitigen.

Gleichzeitig waren die Festnahmen offensichtlich eine unnötige Maßnahme. Polizeibeamte konnten vor Ort die Identität der Aktivist*innen feststellen und sie auffordern, ihre Pässe vorzulegen.

Wir halten die Inhaftierung von Nina Baginskaya für illegal. Sie betrachtete die fröhliche Musik, die der Baggerarbeiter in Kuropaty auf die lauteste Stufe eingeschaltet hatte, als Respektlosigkeit gegenüber dem Ort der Erinnerung. Der Milizionär, der dort war, befahl, die Musik auszuschalten, und forderte auch Baginskaya auf, die Arbeit mit Spezialgeräten nicht zu stören. In diesem Fall können eher die Handlungen des Arbeiters als unangemessen und Hooliganismus gewertet werden. Jedoch wurde die Rentnerin wegen "Hooliganismus" festgenommen, weil sie nach Angaben der Miliz die Arbeit des Baggerarbeiters behinderte.

Wir halten auch die Inhaftierung von Olga Nikolaichyk für ungesetzlich. Sie wurde wegen „des Aufrufs zu einer nicht genehmigten Veranstaltung im sozialen Netzwerk“ (Artikel 23.34 Ordnungsgesetzbuches) festgenommen. Aufruf und Information sind jedoch grundsätzlich unterschiedliche Konzepte. Die belarussische Gesetzgebung verbietet es nicht, die Bürger*innen über irgendetwas zu informieren. Olga hat in ihrem Eintrag im sozialen Netzwerk die User informiert, wann - an welchem Tag um wie viel Uhr - die Andacht beginnen sollte. Sie berichtete später, dass sie des Aufrufs zur Andacht angeklagt wurde. Aber in Belarus gibt es kein Gesetz, das das Beten verbietet.

Grausame Behandlung

Wir glauben, dass die vorübergehende Inhaftierung von Frauen für drei Tage ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdet hat.

Insbesondere betrifft es eine der Inhaftierten- eine 73-jährige Frau. Für Untersuchungshäftlinge wird bis zum Gerichtsprozess keine Übergabe von Sachen oder Medikamenten zugelassen. Daher konnte sie notwendige Medikamente nicht erhalten. Darüber hinaus führte sie aus Protest gegen die Inhaftierung einen Hungerstreik durch. Die Untersuchungshaft ist nicht der Ort, an dem sie bei einer starken Verschlechterung ihres Zustands rasche Hilfe hätte erhalten können.

Olga Nikolaichyk berichtete, dass sich die Milizbeamten während der Verhaftung aggressiv verhielten, ihr androhten, sie an eine Kette zu legen und ihr die Hand verdrehten, damit sie ihr Handy losließe. Wir betrachten eine solche Behandlung von diesen Frauen als Folter.

Schlussfolgerungen

Längere Untersuchungshaft ist in Belarus zu einem System geworden. Gleichzeitig wird die Zeit, die die Verdächtigten bei dem Begehen von Ordnungswidrigkeiten in Isoliereinrichtungen verbracht haben, bei dem Strafmaß nicht berücksichtigt. So erhalten die Menschen eine doppelte Bestrafung - "24 Stunden Haft" und hohe Bußgelder.

Es ist anzumerken, dass die Gründe für die Inhaftierung der Frauen in Kuropaty nichts mit tatsächlichen Delikten zu tun haben. Wir glauben, dass die bekannten Aktivistinnen, die auch an der Protestaktion gegen den nahe der Gedenkstätte gelegenen Vergnügungskomplex teilnahmen, deshalb festgenommen wurden, um das Gebiet, in dem die Arbeiten durchgeführt wurden, zu "säubern", damit die Arbeiten ungestört verlaufen konnten.

Gleichzeitig kann bereits ein kurzer Aufenthalt in einer Untersuchungsanstalt mit einem Hungerstreik die Gesundheit einer Person wesentlich beeinträchtigen.

Tatsächlich finden an der Stelle von Massenhinrichtungen von Opfern politischer Repressionen erneut Repressionen statt. Und der Grund dafür, wie im Jahr 1937, ist der Wunsch, jede "Meinungsverschiedenheit" zu unterdrücken bzw. im Keim zu ersticken. Im modernen Belarus garantiert das Grundgesetz jedoch jedem das Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit. Das gleiche Gesetz verpflichtet den Staat, seine Bürger*innen vor Folter und jeder Art grausamer Behandlung zu schützen.